

Editorial

Das erste Heft der vorliegenden Zeitschrift erschien kurz nach der Wende von 1989 mit dem Titel »Osteuropa – Übergänge zur Demokratie?«. Das Fragezeichen signalisierte eine doppelte Skepsis gegenüber dem damals weit verbreiteten Wunschbild einer »Rückkehr nach Europa«: Würde ihre wiedergewonnene Freiheit die Gesellschaften Osteuropas auf diesen Weg führen? Und was wäre das Ziel, wenn doch »Europa« sich selbst in einer kritischen Übergangszeit befindet?¹ Diese Fragen sollten das Institut, an dem *Transit* erscheint, bis heute beschäftigen.²

Bald nach 1989 wurde klar, dass die Vorstellung vom rückständigen »anderen Europa«, das zum »fortgeschrittenen« Westen aufschließt, nicht halten würde. Die Globalisierung, die Erweiterung der EU und die Wende selbst stellten das angestrebte Modell der modernen Gesellschaft als solches in Frage. Was zunächst wie die Antwort aussah, wurde zur Frage. Aus dem Übergang zur Demokratie wurde die Transformation der Demokratie, die die »östlichen« wie die »westlichen« Gesellschaften gleichermaßen betrifft.

Kaum jemand hatte vor 1989 den Zusammenbruch des Sowjetimperiums vorausgesehen und kaum jemand hatte in der euphorischen Zeit danach genug Phantasie, sich die Krise vorzustellen, die zwei Jahrzehnte später den ganzen Kontinent ergreifen würde – eine Krise, die auch an den Kern der Demokratie rührt.

Doch ist die Rede von der Krise der Demokratie nicht so alt wie diese selbst? Und müssen wir uns vor den Feinden der Demokratie fürchten, wenn das Modell doch unumstritten ist und überzeugende Alternativen nirgendwo in Sicht sind? Warum aber leiden dann die politischen Institutionen westlicher Demokratien – Parteien, Wahlen, Parlamente, Regierungen – unter einem so rasanten Vertrauensverlust? Während sich in den letzten drei Jahrzehnten im Rest der Welt mehr Menschen als je zuvor an demokratischen Wahlen beteiligten, hat in vielen europäischen Ländern die Mehrheit der Bevölkerung den Glauben daran verloren, mit ihrer Stimme etwas bewirken zu können. Hier sinkt die Wahlbeteiligung

seit langem, vor allem bei den Unterschichten – eine Entwicklung, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Die Beiträge in diesem Heft beschäftigen sich mit der gegenwärtigen Malaise der Demokratie, sie versuchen, Diagnosen zu stellen und machen Therapievorschläge.

Die Enttäuschung über die Demokratie und der Vertrauensverlust in die politische Elite haben allenthalben eine Euphorie für mehr Transparenz ausgelöst. Mehr Transparenz wird freilich kaum den Machtverlust der Wähler kompensieren und ist auch keine Alternative zu Demokratien ohne reale Wahlmöglichkeiten, vielmehr dient sie zu deren Rechtfertigung, meint *Ivan Krastev* in seinem einleitenden Essay. *Nadia Urbinati* untersucht das Paradox der allgemeinen Anerkennung der Demokratie bei gleichzeitigem Misstrauen gegenüber ihrer Praxis, das sich heute in heftigen Protesten auf der Straße und in der Abkehr von traditionellen Formen der Partizipation ausdrückt. Sie sieht darin keinen Verfall der Demokratie, sondern eine Metamorphose, deren Ende offen ist.

Die Regierungen haben die Oberhoheit über die Steuer- und Haushaltspolitik verloren; stattdessen werden sie von den Finanzmärkten getrieben. Als Folge erscheint immer mehr Bürgern demokratische Teilhabe als zwecklose Übung. Was also tun, wenn sich die wesentlichen Entscheidungen in Bereiche verlagern, die außerhalb der konventionellen demokratischen Politik liegen? Was uns fehlt, beklagt *Claus Offe*, ist eine Theorie, die der neuen Präponderanz der Märkte über soziale Rechte und öffentliche Politik Rechnung trägt. Auch *Sigward Neckel* konstatiert die Entstehung eines neuen Typs von Kapitalismus. Man könnte meinen, dieser stelle einen Rückfall in vordemokratische Zeiten dar. In Wahrheit handelt es sich um einen paradoxen ökonomischen Modernisierungsprozess in Gestalt einer »Refeudalisierung«.

Um die Demokratie besser gegen populistische Angriffe wie derzeit in Ungarn zu schützen, muss man sich zum einen von hartnäckigen Stereotypen über den Populismus verabschieden und zum anderen sowohl die theoretischen Schwächen unserer Vorstellungen von Demokratie beheben als auch die wunden Punkte der real existierenden Demokratien in Europa bloßlegen. Dafür bietet *Jan Werner Müller* Bausteine zu einer politischen Theorie des Populismus. Dieser profitiert von dem Argwohn der Bürger gegenüber den herkömmlichen Formen politischer Teilhabe. Zugleich hat sich aber auch eine Vielfalt neuer Partizipationsformen herausgebildet. Bürgerbeteiligung ist keine Modeerscheinung, sondern Teil eines umfas-

senden gesellschaftlichen Wandels, meinen *Claus Leggewie* und *Patrizia Nanz*. Allerdings stellen uns Probleme wie etwa die Energiewende vor neue Herausforderungen. Helfen könnte hier die Einrichtung von »Zukunftsräten«. Sie würden dialogorientierte Agendabildung betreiben, einen kollektiven Lernprozess ermöglichen und als Konsultative für die Politik fungieren.

Seit den 1980er Jahren erleben wir die Umkehrung einer Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzenden Entwicklung zu mehr Gerechtigkeit: Wir leben in einer Zeit der Konterrevolution, in der die Idee der Gleichheit der Logik des Marktes geopfert wurde, schreibt *Pierre Rosanvallon*. Was wir brauchen, ist ein neues Modell der Solidarität und eine neue, universale Definition von Gleichheit – als demokratische Qualität und nicht nur als Maß der Wohlstandsverteilung. Mit dem Niedergang der Idee der Solidarität³ beschäftigt sich auch *Michael Sandel*. Was bleibt von der Tradition der Solidarität in einer Zeit, in der der Markt sie als Organisationsprinzip der Gesellschaft abgelöst hat, aber offensichtlich deren Zusammenhalt untergräbt? Ist Solidarität als moralisches und zivilgesellschaftliches Ideal heute noch tragfähig? *Krzysztof Michalskis* Notizen zum Patriotismus, ursprünglich für die *Gazeta Wyborcza* geschrieben, thematisieren, ähnlich wie Sandel hinsichtlich der Solidarität, die Gefahr des Partikularismus: Patriotismus als Bindung an eine lokale Gemeinschaft kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er auch eine universale Dimension erhält – heute vielleicht durch Einbindung in das europäische Projekt.

So, wie dieses Projekt heute Gestalt angenommen hat, scheint es aber gerade diese Funktion nicht zu erfüllen. Der europäische Traum war es, die Effizienz der kapitalistischen Marktwirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Heute steht die Europäische Union hinsichtlich beider Elemente ziemlich angeschlagen da. *Stefan Auer* analysiert die gegenwärtigen politischen und intellektuellen Anstrengungen, das Projekt zu retten, und lässt uns wenig Hoffnung.

Am Ende des Heftes stehen Momentaufnahmen zur Krise der Demokratie in vier Ländern: in der Tschechischen Republik, in Ungarn, der Türkei und in Russland. *Jiří Pehe* erinnert an Masaryks Ausspruch von 1918: »Nun haben wir eine Demokratie, was wir noch brauchen, sind Demokraten.« Die lassen auch mehr als zwanzig Jahre nach der »Samtenen Revolution« noch auf sich warten. »Sowohl die Politiker als auch die Regierten in den Ländern, die sich 1989 auf den Weg in die Demo-

kratie gemacht haben,« schreibt Pehe, »scheinen sich nicht länger sicher, worin das Ziel eigentlich besteht.« *Jacques Rupnik* versucht, die illiberale Wende zu erklären, die Ungarn, lange ein Musterschüler unter den Beitrittsländern, heute vollzieht – in einer Zeit, in der sich die Europäische Union in einer tiefen Krise befindet. Ist Orbáns Ungarn Symptom dieser Krise oder ist es Teil einer breiteren Tendenz zum Autoritarismus, die den östlichen Teil des Kontinents bis hin zur Ukraine, zu Weißrussland und Russland befallen hat? *Nilüfer Göle* berichtet über die vielfältigen Protestformen der Gezi Park-Bewegung, die uns einen empirischen Schlüssel für die Erkundung der weltweit zu beobachtenden neuen Formen öffentlichen politischen Handelns liefert. Mit der Phantasie der Protestierenden können die »Polittechnologen« des Kreml durchaus konkurrieren, wie *Peter Pomerantsev* zeigt. Ihr Repertoire, perfekte Demokratie zu simulieren, um echte Demokratie zu verhindern, scheint unerschöpflich. Doch die russische Matrix zeigt in letzter Zeit zunehmend Risse.

Ergänzende Artikel zur Thematik dieses Heftes finden sich auf der *Transit*-website: www.iwm.at/transit

Wien, im August 2013

Anmerkungen

- 1 *Transit: Europäische Revue*, Nr. 1 (Herbst 1990), Editorial, S. 5-9.
- 2 Seit 2011 ist die »Frage der Demokratie« Gegenstand systematischer Forschung am IWM, siehe www.iwm.at/research/focus-iii-democracy-in-question. Der Forschungsschwerpunkt wird geleitet von dem bulgarischen Politologen Ivan Krastev, Mitherausgeber dieses Heftes.
- 3 Mit dieser Idee beschäftigt sich das IWM seit vielen Jahren. Im April 2013 fand in Wien die achte Konferenz zur Frage der Solidarität statt: *On Solidarity VIII: Inequality and Social Solidarity*. Ausgewählte Beiträge aus dieser Reihe sind in *Transit* erschienen.